



3/2019

ANDREAS LÄMMELS BERLINER RUNDSCHAU

Liebe Leserinnen und Leser,

seit einigen Wochen freuen sich Schülerinnen und Schüler in ganz Deutschland ganz besonders auf den Freitag. Aber nicht, weil das Wochenende naht oder besonders spannender Unterricht im Stundenplan steht, sondern weil sie freitags nicht mehr die Schulbank drücken müssen und stattdessen auf den Straßen für mehr Klimaschutz demonstrieren.

Nun kann man ja das politische Engagement der Jugendlichen zunächst einmal gut finden. Und ich finde es auch sehr wichtig, dass junge Leute ihre Zukunft mitgestalten. Schaut man sich aber die konkreten Forderungen genauer an, kommt man schon ins Grübeln, wie es um das Wissen der Schülerinnen und Schüler bestellt ist. Ein sofortiges Abschalten der Kohlekraftkraftwerke wird auf den Pappplakaten gefordert. Der „Atomkraft? Nein Danke“-Aufkleber klebt sicher auch auf dem Laptop. Verstehen die Jugendlichen überhaupt die Folgen ihrer Forderungen, kennen sie die naturwissenschaftlichen Gesetze rund um die Energieerzeugung? Ich glaube es nicht wirklich.

Eine sofortige und vollkommene Entkopplung unserer Volkswirtschaft von fossilen Energieträgern ist einfach noch nicht möglich. Das würde die Energiesicherheit in unserem Land enorm gefährden. An dieser Stelle muss man sich auch mit dem Thema Volatilität von erneuerbaren Energien auseinander setzen. Naturgesetze bleiben Naturgesetze und können auch von der Politik nicht überwunden werden. Und das lernt man dann eben nur im Mathematik- oder Physikunterricht. Deswegen habe ich auch wenig Verständnis für die Auffassung des sächsischen Kultusministers, dass die Verletzung der Schulpflicht jede Schule für sich entscheiden solle. Schulgesetz ist Schulgesetz, für Demonstrationen kann ohne Probleme der schulfreie Sonabend verwendet werden. In der Schule können dann gern auch Diskussionen zu wichtigen Zukunftsfragen stattfinden. Die Straße ist dafür nicht der richtige Ort.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und vor allem den Schülerinnen und Schülern erholsame Winterferien und danach wieder einen guten Start auf der Schulbank.

Ihr

Andreas Lämmels

DIE WOCHEN IM PARLAMENT

Gesetz zur zielgenauen Stärkung von Familien und ihren Kindern durch die Neugestaltung des Kinderzuschlags und die Verbesserung der Leistungen für Bildung und Teilhabe (Starke-Familien-Gesetz). Der Bundestag hat in erster Lesung das „Starke-Familien-Gesetz“ beraten, womit Leistungen für Familien mit Kindern mit geringem Einkommen verbessert werden sollen, etwa über eine Erhöhung des Kinderzuschlages auf 185 Euro bis zum Jahr 2021. Auch über Verbesserungen im Bildungs- und Teilhabepaket trägt das Gesetz zur Stärkung von Familien bei, so etwa über die Anhebung des Betrags für die Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf von 100 auf 150 Euro pro Schuljahr.

Zweites Gesetz zur Änderung des Transplantationsgesetzes – Verbesserung der Zusammenarbeit und der Strukturen bei der Organspende. Das Gesetz wurde in zweiter und dritter Lesung beschlossen, um die Anzahl der freiwilligen Organspenden durch gezielte strukturelle Maßnahmen in den Krankenhäusern zu verbessern. Durch bundeseinheitliche Freistellungsregelungen für Transplantationsbeauftragte in Kliniken und neue Vergütungsregelungen für Entnahmekrankenhäuser werden die strukturellen und finanziellen Voraussetzungen dort verbessert. Außerdem werden neue Regelungen, die zu einer Verbesserung des Austauschs von anonymisierten Schreiben zwischen dem Organempfänger und den nächsten Angehörigen des Organspenders führen werden, verabschiedet.

Dritter Bericht der Bundesregierung über die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Deutschland und Wohngeld- und Mietenbericht 2016. Im Berichtszeitraum 2014-16 hat sich die angespannte Lage auf den Wohnungsmärkten in einer Reihe von Städten und Regionen verschärft. Vor allem die größten Städte und viele Universitätsstädte verzeichnen Wohnungsmarktengpässe mit steigenden Mieten. Bundesweit stiegen die Angebotsmieten aus Wohnungsinseraten von 2014 bis 2016 spürbar um insgesamt 8,3 Prozent. Im Jahr 2015 entlastete die öffentliche Hand mit Wohngeld und der Übernahme der Kosten der Unterkunft und Heizung rund 4,2 Mio. Haushalte mit 16,8 Mrd. Euro wirkungsvoll bei den Wohnkosten. Damit profitierten 11 Prozent aller



© Deutscher Bundestag / Thomas Trutschel/photothek.net

Haushalte von einer vollständigen oder teilweisen Entlastung bei den Wohnkosten. Nicht zuletzt in Folge des hohen Engagements der Wohnungspolitik hat der Markt in den letzten Jahren auch auf die hohe Nachfrage nach Wohnraum mit einer deutlich gestiegenen Neubauaktivität reagiert. Die Bundesregierung hat eine Vielzahl von Maßnahmen eingeleitet, um den Wohnungsbau zu intensivieren oder die Bezahlbarkeit des Wohnens zu sichern. Einige Maßnahmen sind bereits umgesetzt, wie etwa das Baukindergeld.

Gesetz zur Verbesserung der Information über einen Schwangerschaftsabbruch. Nach dem Beschluss im Kabinett letzte Woche beriet der Bundestag in erster Lesung einen Gesetzentwurf mit dem Ziel, die Information von Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch in Erwägung ziehen, zu verbessern. Zugleich soll Rechtssicherheit insbesondere für Ärzte und Krankenhäuser geschaffen werden. Besonders hervorzuheben ist, dass das Verbot der Werbung für den Schwangerschaftsabbruch bestehen bleibt, um den Schutz ungeborenen Lebens zu gewährleisten.

Jahresbericht 2017. Das Deutsche Institut für Menschenrechte e.V. (DIMR) hat per Gesetz die Aufgabe, dem Deutschen Bundestag jährlich einen Bericht über die Arbeit der Institution sowie die Entwicklung der Menschenrechtssituation in Deutschland vorzulegen, zu dem das Parlament Stellung nimmt. Der Jahresbericht umfasst einen monatlichen Kurzüberblick, der das DIMR-Thema des Monats transportiert sowie den Gesamtüberblick über die Tätigkeit sowie die Jahresrechnung.

STARKE-FAMILIEN-GESETZ

Familien und gerade auch Kinder in ihrem Alltag verlässlich zu unterstützen, ist ein zentrales Anliegen der CDU/CSU-Bundtagsfraktion. Mit dem in dieser Woche in erster Lesung beratenen „**Starke-Familien-Gesetz**“ gehen wir den richtigen Weg weiter, um Kinderarmut gezielt entgegenzutreten. **Mit passgenauen Maßnahmen** – und nicht wie von einigen gewünscht im Gießkannenprinzip – werden wir **Eltern mit geringem Einkommen noch besser unterstützen** und somit auch die Chancen für Kinder auf Bildung und Teilhabe erleichtern und ausbauen.



Das Gesetz sieht vor, den **Kinderzuschlag** neu zu gestalten: Zum 1. Juli 2019 wird er **von jetzt maximal 170 Euro auf 185 Euro pro Monat und Kind erhöht** und für Alleinerziehende geöffnet. Den Kinderzuschlag bekommen Familien, in denen das Einkommen der Eltern nicht für den Lebensunterhalt der gesamten Familie reicht. Er funktioniert dann wie ein einkommensabhängiger Zuschlag zum Kindergeld.

Durch die geplanten Erweiterungen und Anpassungen beim Kinderzuschlag für Eltern mit geringem Einkommen stärken wir nicht nur den engen finanziellen Spielraum der Familien und Kinder, sondern **schaffen auch**



Erwerbsanreize für Eltern.

Kinderarmut heißt auch immer Familienarmut und der beste Weg heraus aus der Familienarmut ist ein Arbeitsplatz für die Eltern.

Auch über **Verbesserungen im Bildungs- und Teilhabepaket** stärkt das Gesetz Familien. Für das Schuljahr 2019/2020 soll die Unterstützung für den persönlichen Schulbedarf (z.B. für Stifte, Schulranzen, Hefte oder Lern-App) einmalig von 100 Euro auf 150 Euro erhöht werden. Anschließend ist geplant, sie jährlich in gleichen Maß wie den Regelbedarf zu erhöhen.

Durch **Erleichterungen beim Antragsverfahren** sowohl beim Kinderzuschlag als auch beim Bildungs- und Teilhabepaket **bauen wir Bürokratie ab und räumen den Familien somit mehr Zeit ein**. Die Union wird sich aber im parlamentarischen Verfahren dafür einsetzen, noch weitere Vereinfachungen vorzunehmen. Zudem werden wir als Union uns dafür stark machen, dass Kinder aus Familien im Leistungsbezug künftig noch besser unterstützt werden, wenn sie in Vereinen aktiv sein wollen: Den Zuschuss von zehn Euro für Vereinsbeiträge wollen wir erhöhen. Denn Teilhabe gelingt in Vereinen und Verbänden besonders..

Das „Starke-Familien-Gesetz“ ist **Teil eines umfangreichen Maßnahmenpakets**, mit dem die Union diejenigen unterstützen will, die arbeiten und Kinder erziehen. Mit unserer **Politik für mehr Zeit, mehr Geld und bessere Betreuung** ermöglichen wir ihnen, ihr Leben nach ihren Wünschen zu führen. Wir erhöhen das Kindergeld und senken die Steuern für Familien mit Kindern. Wir kümmern uns darum, dass Mieten bezahlbar bleiben und sich mehr Familien den Traum vom eigenen Haus erfüllen können.

BEGEGNUNGEN



Nach meinem Besuch am **Berufsschulzentrum für Elektrotechnik Dresden** im November des vergangenen Jahres begrüßte ich in dieser Woche die Schülerinnen und Schüler des BSZET zum Gegenbesuch in Berlin. Im Gespräch habe ich mich über die vielen unterschiedlichen Fragen besonders gefreut. Von Afrika und Brexit über Diesel und E-Mobilität bis hin zu Funklöchern und modernen Medien in den Schulen war alles dabei. Am Ende reichte die Zeit nicht aus, um alle Fragen zu klären. Ich versprach daher, das BSZET bald wieder zu besuchen.



Beim **Forum für Zukunftsenergien** habe ich den Abschlussbericht der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ mit Kollegen anderer Fraktionen kritisch diskutiert. Auf die Frage, ob der Abschlussbericht nun ein gutes Ergebnis ist, habe ich deutlich gemacht, dass es für die Menschen in der Lausitz nun erst einmal Klarheit gibt. Das ist gut. Auf der Negativseite stehen aber die Themen

Versorgungssicherheit und Strompreisentwicklung. Weder kann die Kommission nachweisen, dass bei diesen Ausstiegsszenarien zu jeder Stunde im Jahr die Versorgung mit Strom gesichert ist. Noch macht sie sich ausreichend Gedanken über die Entwicklung der Strompreise wegen dieses vorgeschlagenen Ausstieges. Steuererhöhungen zur Kompensation steigender Preise in Anspruch zu nehmen, ist der einfachste Weg. Das lehne ich jedoch entschieden ab.



Ein Bundesadler bestehend aus hunderten Diamanten. Das bekommt man nur in **Botswana** zu sehen, wo ich mich zusammen mit dem **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** über die wirtschaftliche Entwicklung informiert habe. Botswana ist mit seinen gefestigten demokratischen Strukturen nicht nur politisch ein afrikanisches Vorzeigeland, sondern auch ein gutes Beispiel, wie Erlöse aus Rohstoffen für die Entwicklung des Landes eingesetzt werden.

TERMINE

19.02.2019, Berlin

Runder Tisch „Afrikas Wirtschaft im Fokus“

21.02.2019, Berlin

Arbeitskreis Afrika mit Delegation aus dem Sahel

21.02.2019, Berlin

AG-Mittagsrunde mit SOCAR Energie

13.02.2019, Berlin

Beiratssitzung der Deutsch-Mosambikanischen Gesellschaft